

Zur Frage der Unterbringung von Zuwandernden generell ist im Integrationskonzept ausgeführt:

„In Bezug auf die *räumliche Verteilung* favorisiert die Landeshauptstadt Magdeburg eine Lösung, die auf eine praktikable und restriktionsfreie *Balance zwischen Integration und Segregation* ausgerichtet ist. Ziel ist es, eine möglichst ausgewogene sozialräumliche „Durchmischung“ nach Schichtzugehörigkeit zu erreichen. Die Steuerung der räumlichen Verteilung der Zuwanderinnen und Zuwanderern erfolgt unter dem Grundsatz, die persönlichen Rechte zur Selbstbestimmung bei der Wohnungssuche zu garantieren.“

Folgende Zielstellungen zur Frage des Wohnens von Migrantinnen und Migranten sind u.a. bereits 2006 dokumentiert worden:

Ziel: Förderung der Integration in den Stadtteilen (Wohnen, Zusammenleben)

- Die Stadt Magdeburg wird die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten (bei zugewiesenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie bei abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern) bei der Versorgung der Migrantinnen und Migranten mit Wohnraum nutzen, um eine breite Streuung auf das Stadtgebiet zu erreichen. Abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerbern werden durch Ausnutzung von Ermessenspielräumen mit eigenem Wohnraum versorgt, wenn z. B. gesundheitliche Gründe dafür sprechen bzw. wenn davon ausgegangen werden kann, dass in absehbarer Zeit eine Rückführung in die Ursprungsländer nicht möglich ist.
- Die Stadt Magdeburg wird bei den Vermietern um eine Verbesserung der Mieterarbeit in Bezug auf Migrantinnen und Migranten (muttersprachliche Hausordnung, interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Nutzung der Mieterzeitung für Migrationsthemen, Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen für organisierte und informelle Zusammenkünfte der Mieter und Mieterinnen etc.) werben.
- Die Stadt Magdeburg wird Projekten zur Vermittlung zwischen den Gruppen unterschiedlicher kultureller Herkunft im Stadtteil (z. B. das Kulturlotsenmodell) unterstützen.

Im Integrationskonzept wird die Auffassung der Verbundpartner Zuwanderer in der Stadt wiedergegeben, wonach „Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren von erheblichem Gewicht sind, weil sie Aktionsräume definieren“.